

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsdruck: Nachrichten Dresden.
Verlagsnummer: 25 241.
Nur für Nachdruck: 20011.

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 31. Juli 1924 bei täglich zweimaliger Zustellung drei Haus 1,50 Goldmark, Postbezugspreis für Monat Juli 1,00 Goldmark, Einzelnummer 10 Goldpfennig.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einpaltige 30 mm breite Zeile 30 Pf., für auswärts 35 Pf., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pf., außerhalb 20 Pf., die 20 mm breite Reklameweile 120 Pf., außerhalb 200 Pf., Übersetzung 10 Pf., Zusat. Aufträge gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Ullrich & Reichardt in Dresden.
Postfach-Num. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Der französisch-belgische Ruhräumungsplan

Wenn Deutschland seinen Verpflichtungen nachkommt, soll die Räumung in zwei Jahren erfolgen. An der beharabischen Grenze ist starke russische Artillerie zusammengezogen worden. — Die Sowjethandelsvertretung wieder eröffnet.

Staffelweise Ruhräumung.

Die Unterbringung der Industrieobligationen als Maßstab für die Ruhräumung.

(Sonderdienst von der Vondoner Konferenz.)

London, 31. Juli. Das französisch-belgische Memorandum über die Stellungnahme zur militärischen Räumung der Ruhr ist ein umfangreiches Dokument von vier Schreibmaschinenseiten im A4-Format. Es wird heute in den Besprechungen durch den Rat der großen Sieben besprochen. Der wesentliche Teil des Memorandums sieht wieder eine

Zugum-Zug-Räumung der Ruhr

vor, und zwar in folgender Weise:

Wenn alle Bedingungen für die Emission der Anleihe von 800 Millionen Goldmark erfüllt seien, solle eine Verächtigung der Besatzungszone vorgenommen werden. Daraus werde in drei Staffeln die Räumung erfolgen, und zwar je nachdem je ein Drittel in Höhe von zwei Milliarden deutscher Obligationen untergebracht seien. Nachdem dieses Ergebnis erzielt sei, würden die französisch-belgischen Truppen das Ruhrgebiet vollständig räumen. Wenn der Finanzmarkt jedoch nicht so rasch die deutschen Obligationen aufnehmen könne, dann werde unter allen Umständen, wenn die deutsche Regierung die Bedingungen des Dawes-Planes erfüllt habe, die Räumung im August 1926 vollzogen werden. Nach Auffassung der Franzosen und Belgier müßten die britischen Truppen auch nach dem 10. Januar 1925 in der Kölner Zone verbleiben, sei es auch mit verringerter Truppenstärke, und zwar bis zum Augenblick der vollkommenen Räumung des Ruhrgebietes durch die französischen und belgischen Truppen.

„Daily Telegraph“ führt eine Meldung seines französischen Korrespondenten an, hinter der man Vertinag vermutet. In ihr wird die Bestätigung gemacht, Herrriot habe bei der Ueberweisung des französisch-belgischen Memorandums gesagt, der französische Vorschlag könne nur angenommen oder abgelehnt werden.

Die französische Delegation könne eine Einzelfügung oder Abänderung nicht annehmen. Aus dem französischen Vorschlag ergeben sich Schwierigkeiten über die Räumung des Kölner Brückenkopfes. Man ist aber auf französischer Seite der Meinung, daß diese Frage nicht unüberbrückbar sein werde. Die Besatzung müßte mindestens zwei Jahre länger in Köln bleiben. Man hält aber eine Verringerung des Friedensvertrages für möglich, da der Verfall der Räumung von Köln und Koblenz als eine besondere Vergünstigung für Deutschland bezeichnet und infolgedessen die Räumung nach fünf Jahren nicht notwendig sei, da sie von der Erfüllung der Vertragsverpflichtungen abhängig sei (!). Obwohl der französische Kompromißvorschlag grundsätzlich und, wie es heißt, auch von den Vankiers gebilligt worden ist, sind die Aktien über seinen endgültigen Inhalt noch nicht abgeschlossen. Er wird zwar als ein unveränderliches Ganzes bezeichnet, das nur abgelehnt oder angenommen werden kann, er wird aber sicherlich, um eine französische Wendung zu gebrauchen, „ergänzt“ werden müssen.

Deutschland kann das Ruhrgebiet loskaufen.

London, 31. Juli. Was den neuen französisch-belgischen Plan betrifft der Termine der militärischen Räumung an, so haben die Franzosen und Belgier nur das kleine Zugeständnis gemacht, daß die Räumung, in der die Räumung auch dann zu erfolgen hat, wenn es Deutschland nicht gelingt, die Eisenbahnstämme flüssig zu machen und die

längstens zwei Jahre dauern sollen, schon am 15. August 1924 zu laufen beginnt. Die Räumung der ersten, der Kohener, Zone soll dagegen erst am 25. Oktober 1924 erfolgen.

Im übrigen sollen die Zonen von Dortmund, Bochum und Essen in dieser Reihenfolge geräumt werden, sobald es Deutschland gelingt, jeweils eine halbe Milliarde Goldmark an Eisenbahnbons oder Industrieobligationen, sei es auf dem Anleihewege flüssig zu machen, sei es aus laufenden Einnahmen, vom Generalagente für die Reparationen zurückzukaufen.

Nach einer zweiten Möglichkeit, die nach Ansicht der Sachverständigen auch in Frage kommen dürfte, würde eine beschleunigte Räumung des Ruhrgebietes auch schließlich von der Möglichkeit abhängen, den Betrag von 1 bis 2 Milliarden Goldmark an Eisenbahnbons oder Industrieobligationen binnen einer kürzeren Frist als zwei Jahre, gerechnet vom 15. August 1924, an den Weltbörsen zur Zeichnung anzulegen. Belgien und Italien sollen beabsichtigen, vorzuschlagen, daß Sachlieferungen, die Deutschland während der zweijährigen Frist liefert, auf den Betrag von 1 1/2 Milliarden Goldmark in Anrechnung gebracht werden können. In englischen Kreisen nimmt man an, daß Deutschlands Abänderungsvorschläge im Verlaufe der Vondoner Verhandlungen sich in einer Linie mit der Anrechnung der Sachlieferungen und mit der Einbeziehung der Räumung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort in den französisch-belgischen Plan befassen werden, da die französisch-belgischen Sachverständigen eine Befristung der Räumung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort in ihren Vorschlägen nicht vorgehen haben.

Französisch-belgische Verhandlungen mit Deutschland.

Ein Beschluß der Delegationsführer.

Berlin, 31. Juli. Der neue französisch-belgische Plan ist gestern abend in Vondon von den Delegationsführern beraten worden.

Es wurde beschlossen, zunächst zu versuchen, über diese Frage in unmittelbare Verhandlungen der französisch-belgischen Regierung mit der deutschen Regierung ein Übereinkommen herbeizuführen.

Für Deutschland steht bei diesem Plan die Unmöglichkeit im Vordergrund, die Termine der Räumung von der Geneigtheit der Weltbörsen, die deutschen Obligationen zu kaufen, abhängig zu machen. Das ist schon deswegen unmöglich, weil im gegebenen Augenblick jede französische Stimmungsmache das internationale Kapital abziehen würde, die deutschen Bonds zu erwerben. Es würde das praktisch nichts anderes bedeuten, als daß

tatsächlich Deutschland volle zwei Jahre der Besetzung des Ruhrgebietes ausgesetzt wäre,

nachdem es von sich aus alles getan hätte, um den Dawes-Plan durchzuführen, der ihn vor allen die Wiedererlangung seiner Souveränitätsrechte hätte bringen sollen, ja sie verbürgt hat. Schon der englische Vorschlag, der die Räumung binnen sechs Monaten nach der wirtschaftlichen Räumung vorzuziehen, war kaum noch mit den Notwendigkeiten eines wirtschaftlichen Wiederaufbaues zu rechtfertigen. Eine Veldauer der Besetzung durch zwei Jahre hätte keinerlei moralische, wirtschaftliche oder auch nur politische Begründung. Sie wäre lediglich ein Eingeständnis, daß die imperialisistische Expropiation Herrriots, die überhaupt das Ruhrgebiet nicht räumen will, und in dem langen Zeitraum auf Zwischenfälle hofft, die ihm die Wiedererlangung ihrer nie fallengelassenen Pläne erlaubt. Keine deutsche Regierung kann sich deren mitschuldig machen.

Die französische Sanktionsformel.

Die Franzosen durchbrechen den Dawesbericht.

London, 31. Juli. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt zu der französischen Formel über die schiedsrichterliche Entscheidung: Die 1. Kommission wird sich mit dem ersten Teil der Formel über eine Uneinigkeit innerhalb der Replo und des Dawes-Ausschusses befaßt, der Frage eines Vorausbeschlusses. Die dritte Kommission wird die beiden anderen Teile der Formel behandeln, nämlich einen Verzicht Deutschlands in Sachlieferungen und einen Verzicht in Transfer in bar. In erster Linie besaß die französische Formel, daß, wenn die Replo einschließlich ihres amerikanischen ad hoc-Mitgliedes keine Einigung über einen annehmlichen deutschen Verzicht erreicht, sie ein Schiedsgericht von drei Personen ernennen soll, von denen einer ein Amerikaner ist, während die beiden anderen die Auffassung der Mehrheit bzw. der Minderheit vertreten sollen. Wenn die Kommission hinsichtlich der Wahl der Schiedsrichter zu keiner Einigung gelangt, so sollen letztere durch den Präsidenten des Weltschiedsgerichtschofs im Haag ernannt werden.

Nerner schlägt die französische Formel die Einrichtung eines neuen Systems von Sachlieferungen durch Deutschland über die Zeit von 1930 hinaus vor, die eine von der deutschen Regierung einzuziehende Verpflichtung betreffend Sicherheit der pünktlichen Leistungen der deutschen Industrien ohne unterschiedliche Behandlung der

Alliierten vorsteht. Falls eine der empfindenden Mächte sich benachteiligt fühlt, könnte die Replo durch einstimmigen Beschluß und in Uebereinstimmung mit der deutschen Regierung eine andere entscheidende Instanz ernennen, die aus drei Mitgliedern, unter denen sich wiederum ein Amerikaner befindet, bestehen soll. An dritter Stelle erhält jede einzelne Macht, die sich in der Angelegenheit der Sachlieferungen vom Transfer-Ausschuß unfair behandelt glaubt, das Recht, ein ähnliches schiedsrichterliches Verfahren zu veranlassen. Es muß betont werden, daß das in der französischen Formel vorgeschlagene Verfahren dem Sachverständigenplan widerspricht. Eine Schwächung der Unabhängigkeit des Transfer-Ausschusses würde allzu gefährlich sein. Der Vorschlag der Franzosen laufe darauf hinaus, daß sie einen Handelsvertrag vorschlagen. Sie machten England und den Vankiers in der Sache des Verzichtes ein Zugeständnis und wollten sich das Recht der Verurteilung und der Auflösung des Schiedsgerichts in den Angelegenheiten, die ihre eigenen vitalen Interessen betreffen, vorbehalten.

Französische Furcht vor Deutschlands Wirtschaftskraft.

Paris, 31. Juli. Am Laufe der gestrigen Kammerdebatte hat der Reaktionsführer M. R. eine Anfrage über die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland gestellt, die dahin geht, ob Vorbereitungen getroffen seien, daß Frankreich gegen eine Ueberflutung mit deutschen Waren gewappnet sei, wenn Deutschland im Januar 1925 die Zollfreiheit wiedergewinne.

Landwirtschaft und Industrie.

Von D. Heller,

Direktor des Sächs. Landbundes.

Der Kampf um die landwirtschaftlichen Schutzgölle hat die Aufmerksamkeit weiter Kreise wieder einmal auf die Lage der Landwirtschaft gelenkt. Verfolgt man die Stellungnahme zu dieser Frage in den Blättern der verschiedenen Parteirichtungen, so kann man sich nicht des Eindrucks erwehren, daß das Sonderinteresse einzelner Berufskreise, noch mehr aber die Parteizugehörigkeit ausschlaggebend ist bei einer Frage, die nur im Rahmen der gesamten Volkswirtschaft behandelt werden darf. Vor allen Dingen tritt immer wieder das Argument auf, daß durch die landwirtschaftlichen Schutzgölle das Brot verteuert würde, infolgedessen müsse die Industrie höhere Löhne zahlen, ihre Produkte müßten teurer werden und fänden keine Käufer mehr, kurzum, es wird der Eindruck hervorgerufen, als ob die Forderung der Landwirtschaft einengeseigt wären den Forderungen der Industrie. Dies ist jedoch in keiner Weise der Fall. Die Interessen der Landwirtschaft und der Industrie sind aufs engste miteinander verbunden. Erlebt ein Staat eine Rezession seiner Industrie, so wird auch die Landwirtschaft ihren Nutzen davon haben, und umgekehrt.

Es ist fast ein Schlagwort geworden, daß Deutschland im letzten Drittel des vergangenen Jahrhunderts die Umwandlung vom Agrarstaat zum Industriestaat durchgemacht habe, daß also die Landwirtschaft zu einem Teile des Volksgutes herabgesunken wäre, der für das ganze Wirtschaftsleben nur von nebensächlicher Bedeutung sei. Gewiß, die Aufnahmefähigkeit in den landwirtschaftlichen Betrieben an Menschen ist nur beschränkt. Ein großer Teil der Menschen, die auf dem Lande geboren werden und deren Eltern Bauern sind, müssen andere Berufe ergreifen, der väterliche Besitz kann nur eine beschränkte Anzahl Arbeitskräfte ernähren. Trotzdem aber zählte die Landwirtschaft im Jahre vor dem Krieg noch etwa 17 Millionen Berufstätige. Nach der letzten Berufszählung in Deutschland im Jahre 1907 kamen auf 100 Erwerbstätige 37 auf die Landwirtschaft und 37 auf die Industrie und den Bergbau. Dabei muß aber berücksichtigt werden, daß unter den Berufsindustrielle die verschiedensten Berufe gezählt werden! Der Wert der landwirtschaftlichen Produkte, die vor dem Krieg in Deutschland erzeugt wurden, betrug im Jahre 1913 über 13 Milliarden Mark. Dabei handelt es sich bei dieser Zahl um den Preis, den der Landwirt als Erzeuger erhält, nicht um den Preis, den die Konsumenten letzten Endes dafür bezahlen mußten. Die landwirtschaftliche Bevölkerung war dadurch der kaufkräftigste Stand der ganzen Volkswirtschaft geworden. Sie war vor allen Dingen auch die Käuferin der Produkte unserer Industrie. Es ist vielfach die Ansicht verbreitet, daß unsere Industrie den größten Teil ihrer Ware im Auslande absetzt. Dies ist jedoch nicht der Fall. Fast drei Viertel sämtlicher Industrieerzeugnisse wurde im Lande verkauft und dort wiederum war die Landwirtschaft an der Spitze der Abnehmer. Diese wechselseitigen Beziehungen zwischen Industrie und Landwirtschaft sind für beide Berufszweige sehr von Nutzen gewesen. Die Ansicht, die Friedrich Vth schon ausgesprochen, daß man in keinem Lande vollkommenere landwirtschaftliche Maschinen und Gerätschaften finden würde, als in den Ländern, in denen die Industrie blüht, ist heute noch zutreffend. So hat Landwirtschaft und Industrie voneinander gleich großen Nutzen, ihre Schicksale sind abhängig voneinander.

Was besonders tritt dies naturgemäß in Erscheinung in der Zeit, in der wir mit Veränderungen rechnen müssen, die von der Vorfrucht aus verschieden geworden sind. Landwirtschaft und Industrie sind verknüpft. Ein großer Teil der Absatzgebiete im Auslande sind für die Industrie unwiederbringlich verloren. Unsere Feinde haben sich den Ariea zunutze gemacht, die deutschen Absatzgebiete zu erobern und durch Beanspruchung von Kolonien und Lebenswichtigen Teile des Deutschen Reiches von den Rohprodukten abzuschließen. Selbst wenn es der anerkannt zahllosen Tätigkeits unserer Industrie allden sollte, einen Teil der verlorenen Absatzgebiete wieder zu gewinnen, so werden darüber Jahre vergehen. In diesen Jahren wird die Industrie mehr als bisher auf den Absatz im eigenen Lande angewiesen sein. Was soll nun aus der Industrie werden, wenn die Landwirtschaft als Käufer vollkommen ausfällt? Und das ist heute der Fall. Verfolgen wir die Veröffentlichungen der Konfession in den Zeitungen, so fällt es ganz besonders auf, daß die Industrie in Dörren stark daran beteiligt ist; also in dem Teile unseres Vaterlandes, der noch heute zum überwiegenden Teile landwirtschaftlich einrichtet ist. Die Sozialdemokraten verkünden es in jeder Verammlung, in jeder ihrer Zeitungen, daß die Not der Landwirtschaft durchaus nicht so groß sei, wie es immer darzustellen würde. Wir empfehlen diesen Vätern, sich einmal bei den Düngemittel-fabrikanten zu erkundigen, wie es dort mit dem Absatz steht! Trotz verschiedener ähnlicher Zahlenangaben ist die breite Masse der Landwirtschaft heute nicht in der Lage, künstlichen Dünger zu kaufen. Die Vankiers davon wird die gesamte Bevölkerung in allerfrüherer Zeit sparen. Vor allen Dingen wird es aber der Industriearbeiter merken, wenn die mangelnde Kaufkraft des Bauern anfangen sollte, chronisch zu werden. Der größte Teil unserer Fabriken müßte schließen und der Arbeiter würde dann arbeitslos sein, für das Ökonomie, das in Deutschland infolge der industriellen deutschen Landwirtschaft nicht mehr angebaut werden kann, die Preise zu kaufen, die das Ausland für gut befindet. Dann wird

auch der Arbeiter einsehen, daß Industrie und Landwirtschaft auf Treu und Glauben miteinander verbunden sind, daß der Zusammenbruch der Landwirtschaft auch die Industrie mit in den Abgrund reiße. Nach den Erfahrungen der letzten Jahre können wir leider nicht die Hoffnung haben, daß die Einsicht eher kommen wird, ehe das Unheil eingetretten ist. Aufgabe aller bürgerlichen Parteien wird es daher sein, bei den kommenden Beratungen im Reichstag die großen Gesichtspunkte der Volkswirtschaft im Auge zu haben und sich nicht von der traditionellen Landwirtschaftsfeindschaft beeinflussen zu lassen. Es geht nicht mehr um das Spiel, als das Schicksal der deutschen Landwirtschaft; auch das der deutschen Industrie.

Deutschland und der Völkerbundsentswurf über Garantieverträge.

Ablehnung der Vorschläge über „Generalziele“

Berlin, 30. Juli. Der Völkerbund hat, wie bereits vor einiger Zeit gemeldet, den von einer seiner Kommissionen aufgestellten Entwurf eines „Vertrages über allgemeine Unterabstützung“ auch der deutschen Regierung zur Zurücknahme überreicht. Das Auswärtige Amt hat den Entwurf einem Gremium von Sachverständigen zur Begutachtung unterbreitet, das sich aus den Herren Prof. Doeberl, Prof. Raas, Prof. Kahl, Ministerialdirektor a. D. Krüger, Prof. Meißner, General a. D. Graf Montagué, Reichsminister a. D. Schiffer und Prof. Schilling zusammensetzte. Die Sachverständigen haben ihre Auffassung in einer

Denkschrift

vom 1. Juli dargelegt, die namentlich vom Auswärtigen Amt dem Generalsekretariat des Völkerbunds mit dem Hinweis auf militärische Gründe, daß die Reichsregierung sich die Ausführungen der deutschen Sachverständigen zu eigen mache.

Die Denkschrift, die das ganze Problem der Sicherheits- und Abrüstungsfrage erörtert, unterzieht zunächst die Grundgedanken des Völkerbundsentswurfs einer eingehenden Kritik. Der Entwurf geht von dem unannehmbaren Verbot des Angriffskrieges aus. Die Frage aber, ob ein Angriffskrieg vorliegt, unterliegt ausschließlich der Entscheidung des Völkerbundsrats, der auch die Befugnisse haben soll, die Maßnahmen gegen den Angreifer, insbesondere die Aufstellung militärischer Nachmittel, zu organisieren. Darüber hinaus geht der Entwurf, daß der allgemeine Vertrag durch Sonderabstimmungen zwischen einzelnen Vertragsstaaten oder einzelnen Nationengruppen ergänzt wird. Die deutschen Sachverständigen erklären ein solches System für unannehmbar, das erhebliche Mittel der allgemeinen Sicherheit der Staaten und der dadurch ermöglichten Friedensbestrebungen zu erreichen. Die Ausführungen der Denkschrift begreifen sich hierbei in den wesentlichen Punkten mit der Kritik, die inzwischen auch von Seiten der amerikanischen und englischen Regierung an dem Völkerbundsentswurf geübt worden ist. Von besonderer Bedeutung ist der von der Denkschrift geführte Nachweis, daß Deutschland angesichts seiner völligen Entwaffnung in eine unermessliche Lage geraten würde, wenn es in einem bewaffneten Konflikt zwischen anderen Staaten auf Grund einer Entscheidung des Völkerbundsrats keine Neutralität annehmen und sich an kriegerische Maßnahmen beteiligen müßte.

Die Denkschrift beschränkt sich indes nicht auf eine negative Kritik, sondern macht, wenigstens in großen Zügen, auch positive Vorschläge.

Wie nach deutscher Auffassung das Problem der Sicherheit und Abrüstung gelöst werden konnte. Dabei wird u. a. folgendes ausgedrückt:

„Will man in Wahrheit die den Völkerbund tragende Idee der Völkerabstimmung ihrer Verwirklichung näherbringen, so wird man den Weg, den der Entwurf vorschlägt, nicht beschreiten dürfen. Unrechtmäßige Gewalt wird man nur dadurch aus der Welt schaffen, daß man ihr das Recht entgegenstellt, durch das die zur Abwehr des Unrechts anzuwendende Gewalt erst gerechtfertigt und gebietet wird. Man verbiete die gewaltsame Annäherung von Streitkräften, die gewaltsame Durchsetzung vermeintlicher Ansprüche. Man schaffe neben dem für seine Rechtsbehörden bestimmten Weltgerichtshof eine Schlichtungsinstanz für politische Konflikte mit allen Garantien der richterlichen Unabhängigkeit ihrer Mitglieder. Man verordne einen Einlassungswang vor ihr und ebenso vor dem ständigen Weltgerichtshof im Haag. Man gebe beiden Stellen das Recht und die Pflicht zum Erlass einseitiger Verfügungen zum Zwecke des Friedensschutzes, insbesondere auch gegenüber angeblich friedlichen Besiegten fremder Staatengebiete. Vor allem mache man für alle Staaten die Abrüstung obligatorisch. Man lasse endlich dafür, daß berechnete Wünsche der Bevölkerung wegen Verkleinerung der Grenzen auf dem Wege eines geordneten Rechtsverfahrens ihre Lösung finden. Nur so wird man die Voraussetzungen für eine kraftvolle Wirksamkeit des Völkerbunds schaffen, nur so die Möglichkeit für eine starke Erweiterung seiner Kompetenzen herbeiführen und nur so auch seiner Universalität seines Mitgliedsbereichs den Weg bereiten, ohne die er seine große Aufgabe niemals voll erfüllen kann. Auch Deutschland braucht alsdann nicht zu ärgern, in die Gesellschaft der im Völkerbund vereinigten Nationen, selbstverständlich unter der Voraussetzung voller Gleichberechtigung, einzutreten, um auf dem Boden des Rechts an der Erhaltung eines dauernden Friedens mitzuarbeiten.“

Keine bedeutende Schädigung von Deutschen in Sao Paulo.

Berlin, 31. Juli. Nachdem die kaiserlichen die Stadt Sao Paulo gestern verlassen haben und die Regierungstruppen dort eingezogen sind, ist die unmittelbare Verbindung mit dem deutschen Konsulat wieder hergestellt. Soweit sich nach den bisher vorliegenden telegraphischen Meldungen von Rio de Janeiro und des Konsuls von Sao Paulo übersehen läßt, sind reichsdeutsche Firmen durch den Ausfall und die Beschießung der Stadt nicht erheblich geschädigt worden. Ausführliche Berichte der deutschen Vertretungen in Brasilien über die Ursache und den Verlauf der Bewegung sind unterwegs. (W. T. B.)

Russisches Militär an der beharabischen Grenze.

Karak, 31. Juli. Der Mailänder „Corriere della Sera“ meldet aus Bakarel: Die Regierung erhielt zuverlässige Informationen über Aufmärsche von russischen Artillerie an der beharabischen Grenze. Das kaiserliche Kabinett hat die militärischen Grenzmaßnahmen verstärkt und den Grenzschutz auf den Mobilstand gebracht, von allgemeinen militärischen Einberufungen und Truppenverschiebungen jedoch Abstand genommen. Die Bauernpartei hat der Regierung die Unterstützung ihrer beharabischen Politik ausgedrückt.

Abbruch der Münchener Eisenbahnverhandlungen.

Berlin, 31. Juli. Wie mehrere Blätter aus München melden, sind die Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und der bayerischen Regierung über die Eisenbahnverträge zu keinem Ergebnis gelangt. Der Reichsverkehrsminister Cser und der Reichsfinanzminister Dr. Lathar sind gestern abend wieder nach Berlin zurückgekehrt. (W. T. B.)

Das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ vor Gericht.

Berlin, 31. Juli. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft haben in dem „W. T.“ gegen die Ortsgruppe Gießen des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold ein Verfahren wegen Geheimbündelei eingeleitet worden. Die Verhandlung wird am 2. August in Gießen stattfinden. (W. T. B.)

Gerüchte über Abbruch der Londoner Konferenz

Ein amerikanischer Sanktions-Gegenvorschlag.

Wichtiges Entgegenkommen der Bankiers gegen den französischen Standpunkt.

Paris, 30. Juli. Heute spät nachmittags war in den Wandelgängen der Kammer das Gerücht verbreitet, daß die Londoner Konferenz abgebrochen sei. Der Agentur Cavallé lagen keine Nachrichten vor, die zu einem derartigen Gerücht Anlaß geben könnten. Auch haben maßgebende Kabinettsmitglieder von Anfang an erklärt, daß sie dieses Gerücht für tendenziös und falsch hielten.

Berlin, 31. Juli. Die Mitteilung, daß die Londoner Konferenz abgebrochen sei, ist zwar dezentriert worden, nach hier vorliegenden Meldungen aber ist

der neue Vorschlag Herrlots als eine Art Ultimatum gedacht. Der Vorschlag ist von Herrlot als ein unteilbares Ganzes bezeichnet worden. Falls er abgelehnt wird, will Herrlot sofort nach Paris zurückkehren. Inzwischen hat die amerikanische Delegation nach Anhörung mit den Bankiers einen Gegenvorschlag zum französischen Vorschlag formuliert, in dem ein Höchstmaß von Entgegenkommen der Bankiers niedergelegt sein soll. Dieser Vorschlag wird heute in der ersten und in der dritten Kommission, die wegen des Schiedsspruchs über die Schlichtungsabstimmungen auch gehört werden muß, vorgelegt werden. Sollte er dort seine günstige Aufnahme finden, so würde die amerikanische Delegation den Antrag erhalten, ferner nicht mehr Vorschläge zu machen oder aktive Stellung zu dem Beratungsstoff zu nehmen, sich vielmehr in allen Kommissionen auf eine strenge passive Beobachtungsrollen zu beschränken.

Der amerikanische Vorschlag

Recht, wie verlautet, vor, daß die Reparationskommission, ergänzt durch Amerikaner, in erster Instanz entscheiden soll über Rückstellungen und über Differenzen bezüglich Sachleistungen und Räumungsverbindlichkeiten im Transferkomitee. Wenn die Reparationskommission keine Einmütigkeit der Entscheidung erreichen kann, soll der Standpunkt der Mehrheit sowie der der Minderheit zum Schiedsspruch einem Konförium vorgelegt werden, das aus drei oder fünf Schiedsrichtern besteht, das zu diesem Zwecke von der Londoner Konferenz auf Lebenszeit zu ernennen ist. Wenn der französische Vorschlag in abgeänderter Fassung und der neue amerikanische Vorschlag heute vormittag nicht die Zustimmung des ersten Ausschusses finden kann, wird die amerikanische Delegation unter Hinweis auf den Antrag, wonach die Reparationskommission, Bankiers und Deutsche gemeinsam über die Bedingungen und die Garantie für die 800-Millionen-Anleihe beraten sollen, vor-

schlagen, daß die deutsche Delegation für diese Verhandlungen sofort nach London berufen werden soll, auch wenn die politische Normel für Abschlußarbeiten des ersten Ausschusses noch nicht gefunden worden sei.

Die Reparationskommission inkognito in London.

(Sonderdienst von der Londoner Konferenz.)

London, 31. Juli. Es ist noch nicht sicher, ob in der heutigen Sitzung der in London eingetroffenen Reparationskommission eine offizielle Besprechung stattfinden wird, da die Reparationskommissionsmitglieder großes Gewicht auf die Souveränität der Kommission legen; so sind juristische und andere Bedenken angelaufen, über die man bisher nicht hinweggegangen ist. Außerdem glauben die Mitglieder der Reparationskommission, daß die Repko nicht unbedingt an die Wünsche anderer Juristen gebunden ist. Jedenfalls sind also die Reparationskommissionsmitglieder nur inkognito in London und werden ihre guten Dienste nur inkognito zur Verfügung stellen. Der Grund zu diesem Verhalten liegt teilweise in der Möglichkeit, daß die Konferenz unter Umständen beschließen könnte, die Reparationskommission zu bitten, die deutsche Delegation nach London einzuladen, ehe eine vollständige Übereinstimmung innerhalb der Konferenz erreicht ist.

Die Repko berichtet über die deutschen Zahlungen.

London, 31. Juli. In Erwiderung auf eine Anfrage teilte Snowden dem Unterhaus schriftlich mit, daß die Reparationskommission auf Ersuchen der britischen Regierung einen Bericht über die verschiedenen von Deutschland nach dem Friedensvertrage geleisteten Zahlungen vorbereitet, darunter auch über die Zahlungen, die in dem von der Reparationskommission am 31. Dezember 1923 veröffentlichten Bericht noch nicht enthalten sind. (W. T. B.)

Ein neuer französischer Besatzungsplan.

Vorgesehene Maßnahmen bei Nichtannahme des Gutachtens.

Berlin, 31. Juli. Ueber Wien wird gemeldet, für den Fall, daß Deutschland den Dawesplan ablehnt, habe ein fertiges politisch-militärisches Programm vorgelegen, das ein französisches Generalstab ausgearbeitet und noch von Poincaré genehmigt worden sei. In diesem Programm seien sowohl Polen als auch der Tschechoslowakei besondere Rollen zugesprochen. Es sollte analog der Besetzung des Ruhrgebietes eine militärische Aktion großen Stils ins Werk gesetzt werden, und zwar dachte man daran, eigene aus regulären Militärs und aus Freiwilligen gebildete Formationen hierbei zu verwenden.

Sowjetagitation überall.

Kommunistische Revolutionsvorbereitungen.

Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten. Berlin, 31. Juli. Aus Hamburg, München und Kiel liegen Nachrichten vor über aufgeborene kommunistische Agitationskomitees. Die kommunistischen Vorbereitungen für den 4. August werden von der „Roten Fahne“ offen angekündigt, mit dem Hinweis an die Regierung, den Revolutionswillen der deutschen Arbeiterklasse nicht immer zu unterschätzen. Der 9. November 1918 könne sich leicht wiederholen.

Aufforderung zu kommunistischen Gegendemonstrationen am 3. August.

Berlin, 31. Juli. Die Kommunisten rufen in der „Roten Fahne“ zu Gegendemonstrationen gegen die „Probemobilisation aller Nationalisten und Sozialpatroten“ am 3. August auf. Der 3. August soll ein Tag des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg sein.

Ein kommunistischer Frontkämpferbund.

Berlin, 31. Juli. Nach einer Meldung der Deutschen Tageszeitung soll heute von der kommunistischen Partei ein kommunistischer Frontkämpferbund gegründet werden, der sich über ganz Deutschland verbreiten soll. (W. T. B.)

Berurteilte Landesverräter.

Berlin, 31. Juli. Vom Straßensatz des Stuttgarter Oberlandesgerichts wurden der Sattler Port zu sechs Jahren Zuchthaus und ein Jahren Freiheitsverlust, der Bekreite bei der Reichswehr Jwo zu vier Jahren Zuchthaus und sechs Jahren Freiheitsverlust und der Gelegenheitsarbeiter Niedlinger zu einem Jahr acht Monaten Zuchthaus und drei Jahren Freiheitsverlust wegen Verrats militärischer Geheimnisse verurteilt. Die Verurteilten hatten einer französischen Nachrichtenstelle wichtiges militärisches Material übermittelt. (W. T. B.)

Die Kommunistenbeschwerden abgelehnt.

Berlin, 31. Juli. Der Staatsgerichtshof hat gestern die kommunistischen Ablehnungsgesuche gegen den Landgerichtsdirektor Vogt für unbegründet erklärt und die Beschwerden der Kommunisten gegen die Durchsuchungen im Reichs- und Landtag verworfen.

Die Sowjethandelsvertretung nimmt ihre Tätigkeit wieder auf.

(Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.) Berlin, 31. Juli. Die Sowjethandelsvertretung zeigt durch Anschlag am Gebäude die Wiedereröffnung ihrer Räumlichkeiten für den 1. August an. Sämtliche Mitglieder und Angestellte der Sowjethandelsvertretung erhielten Befehl, ihre Amtstätigkeit am gleichen Tage wieder aufzunehmen, auch den im Untersuchungsgefängnis befindlichen vier Mitgliedern ist eine gleiche Mitteilung zugegangen, was darauf schließen läßt, daß in der Tendenz der Sowjethandelsvertretung als Revolutionsagitationszentrale für Deutschland keine Änderung eintreten wird.

Aus der Praxis der russischen Handelsvertretungen kommunistische Marineagitation in Vortugal.

(Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.) Gené, 31. Juli. Der Pariser „Matin“ meldet aus Lissabon: Hier wurde eine kommunistische Marineagitation aufgedeckt. Die Admiralität hat eine Untersuchung der Kriegsschiffe vornehmen lassen, die schwer belasteten Material für die in Lissabon weilende Sowjet-Handelskommission erbracht hat. In Lissabon wurde ein Kriegsgericht zur Aburteilung der verhafteten Matrosen eingeleitet.

Belgien wird von Belgien an die Grenze geschickt.

(Durch Funkdruck.) Brüssel, 31. Juli. Nach einer Meldung der „Derrière Cour“ hat achtern die Polizei Anweisung gegeben, den deutschen kommunistischen Abgeordneten Dölslein an die deutsche Grenze zurückzuschicken. Dölslein sollte in Belgien gelegentlich der bevorstehenden kommunistischen Kundgebungen gegen den Arica verschiedene Vorträge halten. (W. T. B.)

Ein preussischer Erlass an Guts- und Gemeindevorsteher.

Verpflichtung zur Anstellung eigener Marschallbeamter. Berlin, 31. Juli. Der preussische Minister des Innern hat einen Erlass ergehen lassen, wonach die Guts- und Gemeindevorsteher darauf hingewiesen werden, daß die Nach-

mittel des Staates zum Schutze des platten Landes vor Plünderungen nicht ausreichen. Sämtliche Guts- und Gemeindevorsteher müssen deshalb selbstständig für die Anstellung genügender Feld- und Marschallbeamten sorgen. Diesen soll der Charakter von Hilfspolizisten beigelegt werden, so daß sie innerhalb wie auch außerhalb ihres engeren Bezirks polizeiliche Maßnahmen ergreifen können. Mittel für die Befolgung dieser Hilfspolizisten könnten aber ebensoviele gewährt werden, wie auch nur eine Entschädigung im Falle, daß ihnen bei Ausübung ihres Dienstes etwas zustoße. Die Guts- und Gemeindevorsteher müßten für die Verstellung der nötigen Mittel für etwaige Entschädigungen selbst sorgen. Über unter diesen Umständen eine Anstellung von Marschallbeamten ablehne, könne auf irgendwelche Entschädigung, wenn bei ihnen Plünderungen oder Tumultschäden eintreten, nicht rechnen. Angehörige verbotener Organisationen dürften nicht als Marschallbeamte eingestellt werden. Wegen diejenigen, die Angehörige verbotener Organisationen trotzdem einstellen, würde wegen Fortführung oder Förderung solcher Verbände eingeschritten werden.

Ernteschutz in Thüringen.

Berlin, 31. Juli. Zum Schutze der Ernte sind vom thüringischen Ministerium für Inneres und Wirtschaft umfangreiche Maßnahmen getroffen worden. In den Landkreisen hat man, soweit es sich nötig machte, Ernteschutzverbände unter Leitung von Landespolizei- oder Gendarmariebeamten gebildet.

Die Wälderleistungen vernichten den Ruhrbergbau.

Berlin, 31. Juli. Ueber die am Montag festgefundenen Wälderleistungen wird aus Düsseldorf von französischer Seite folgendes bekanntgegeben: Die Reichsindustriellen legen den Vertretern der Wälder in eingehenden Ausführungen ihren Standpunkt dar und weisen darauf hin, daß infolge der Weigerung der Reichsregierung, einen Teil der Reparationsleistungen zu finanzieren, sie nicht mehr in der Lage seien, die bisherigen Verträge zu erneuern. Es sei ganz ausgeschlossen, daß sie, wenn die Reichsregierung auf der Weigerung der Finanzregierung beharre, angesichts der katastrophalen Lage des Ruhrbergbaus die Kohlenleistungen nach dem 1. August weiter ausführen könnten. Trotz der drohenden Kohlenpreiserhöhung litten die Wälder unter einer verhängnisvollen Absatznot. Die schließliche Rolle habe die Ruhrkohlen mit der Ruhrkohle erfolgreich aufgenommen. Der Ruhrbergbau sei daher zu umfangreichen Preiserhöhungen gezwungen. Die Zahl der verlorenen Bergleute betraue sich täglich im Durchschnitt auf 85 000. Die Reichsregierung habe gestern Besprechungen über die Wälderfrage, wobei es sich ausschließlich um eine Verarmung innerhalb des Reichskabinetts handelte. Eine Reife der Sachertkommission nach Berlin hat nicht stattgefunden.

Vor der Kündigung des Kohlenlieferungsvertrages.

Berlin, 31. Juli. Nachdem die französischen Vorschläge zur Umbildung des Ruhrkohlenlieferungsvertrages von der Vereinigung für die Verteilung und den Verkauf der Ruhrkohle abgelehnt worden sind, ist bestimmt damit zu rechnen, daß der Lieferungsvertrag zu Ende Dezember mit der dazu erforderlichen Mehrheit von drei Viertel aller Mitglieder gekündigt werde. Die französischen Pläne geben darauf hinaus, dem Endstat des Ablass an die Großverbraucher, wie Eisenbahn und dergleichen, zu überlassen, daß dagegen der Ablass an Verbraucher, deren Besitze sich unter einer bestimmten Menge halten, den Wäldern bzw. Wälderhandelsvereinigungen überlassen bleiben sollte.

Die Verfolgung der früheren deutschen Offiziere in Essen.

Unwürdige Haltung des Essener Magistrats. Berlin, 31. Juli. Das Besatzungsamt der Stadt Essen hat folgendes Schreiben an alle Behörden, Banken und Betriebe usw. gerichtet: Die Besatzungsbehörde wünscht die Angabe der Namen und Wohnungen der ehemaligen aktiven und inaktiven Offiziere. Da das Besatzungsamt hierzu nicht in der Lage ist, fordern wir Sie auf, bis zum 25. d. Mts. eine Liste der in Ihrem Betriebe tätigen ehemaligen aktiven und inaktiven Offiziere einzureichen.

Die „Deutsche Zeitung“, die diese Meldung bringt, fragt, was sich wohl das Besatzungsamt des Essener Magistrats gebadet habe. Sei es wirklich bereit, die Namen der ehemaligen deutschen Offiziere auf die französische Proskriptionsliste zu bringen?

Börsen- und Handelsteil.

Dresdner Börse vom 31. Juli.

Leicht abgewandt.

Eine etwas weniger optimistische Beurteilung des schließlichen Ergebnisses der Londoner Konferenz zeitigte heute an der Dresdner Börse in Dividendenpapieren eine teilweise Abkühlung. Das Besondere...

Berliner Produktbörse vom 31. Juli.

Die Tendenz im Getreidegeschäft ist auf der ganzen Linie ruhiger geworden. Die etwas abgeschwächten amerikanischen Notierungen...

Berliner Produktpreise. Preise für Getreide und Cellulose für 1000 Kilogramm, sonst für 100 Kilogramm ab Station. Preise in Goldmark: Weizen, weißer 185 bis 190, rubig...

Leipziger Börse vom 31. Juli.

Die Kursbewegung an der Leipziger Börse war gegen leicht abgewandt und die Umsätze waren etwas geringer, doch blieb die Börse...

Vorläufige Notierungen. (Kurse in Billionen Prozent.)

Table with 2 columns: Instrument (e.g., Staatsanleihe, Reichsanleihe) and Rate/Value.

Leipziger Kurse vom 31. Juli 1924. (Ohne Gewähr.)

Table with 3 columns: Instrument, Current Price, Previous Price.

Amtliche Berliner Kurse vom 31. Juli 1924.

Table with 4 columns: Instrument, Current Price, Previous Price, and another column.

Der amtliche Berliner Kurszettel folgt im Morgenblatt.

Amtlich notierte Devisenkurse (in Billionen).

Table with 5 columns: Location (e.g., Holland, Brüssel), Date, and Exchange Rate.

Chemnitzer Börse vom 31. Juli.

Nach dem lebhaften Geschäft der letzten Tage verlor die Börse heute etwas ruhiger. Die Umsätze waren allgemein kleiner als...

Table with 3 columns: Instrument, Current Price, Previous Price.

Berlin, 31. Juli. Edelmetalle: Gold 2700, Silber 88.

Berliner Metallmarkt vom 31. Juli. (Preise für 1 Kilogramm in Goldmark.) Gold, Kupfer, Zinn, Blei, Eisen, Stahl...

Dresdner Börse vom 31. Juli 1924

Large table with multiple columns: Postvorschläge, Industriobligationen, Bank- u. Transport-Gesellschafts-Aktionen, Maschinen-Aktionen, Papier-Fabrik-Akt., Brauerei-Aktion, Versh. Industrie-Aktion, Keramische Werte.

Bermischtes.

Verurteilungen für Strafgefangene. Einen bedeutsamen Schritt auf dem Wege der Gefangenenerleichterung hat man jetzt in England getan...

Sportnachrichten.

Radspport. Der Friede im Radspport in Sicht. Eine auf Initiative des Deutschen Verkehrs-Radfahrer-Verbandes in Chemnitz...

Wolun.

Roman von Hans Bant.

Wie er ankam! Sie hatte geschrieben. Aber — was? Eine endgültige Absage? Jetzt ist er auch den zweiten Umschlag auf, entnahm ihm ein Blatt, las mit schwimmenden Augen die kurze, für ihn erlösende Mitteilung: „Otto, mein Gedanke, mein Sein und Leben, unglücklich darüber, heute nicht kommen zu können — hoffe ich mit Ihnen auf den nächsten Freitag. Ich werde, ich muß ich will es dann möglich machen.“

Freitag fünf Uhr. Tamara sprang aus dem Wagen, den Schleiter vorm Gehört. Wert sah ihre Hand, hielt sie lange eifersüchtig fest. Sie sah ihn prüfend an. Waren Sie krank? Er schüttelte den Kopf. „Sie leben doch und verlassen mich. Was ist Ihnen?“

Arztliche Personalnachrichten. Frauenarzt Dr. Bauer, Prager Str. 15 von der Reise zurück.

HAPAG-HARRIMAN HAMBURG-AMERIKA LINIE UNITED AMERICAN LINES (HARRIMAN LINE) REGELMÄSSIGE ABFAHRTEN DER ERSTKLASSIGEN PASSAGIERDAMPFER ALBERT BALLIN, DEUTSCHLAND, RESOLUTE, RELIANCE HAMBURG NEW YORK

Wie sie wollten sich am Sonntag alle ihre Musikliebhaber gegenseitig vorstellen und vorstellen. Er ihr: Tschakowski, Chopin, Bach, Bachmannow. Sie ihm: Schubert, Brahms, Hugo Wolf. Sie schmelzten im Voraus. Dann — genau Mittags — würde man hier bei Frau von Wartenberg ein paar Spiegelbilder draten lassen. Er brachte ein paar falschen Sekt mit. Nachmittags — Kaffeepause — und so... Tamara schwärmte von einem Viduid. Sollte sich im Glanz eines selbstgebackenen Apfelstrudels zeigen — mit Blätterteig.

Als sie wollten sich am Sonntag alle ihre Musikliebhaber gegenseitig vorstellen und vorstellen. Er ihr: Tschakowski, Chopin, Bach, Bachmannow. Sie ihm: Schubert, Brahms, Hugo Wolf. Sie schmelzten im Voraus. Dann — genau Mittags — würde man hier bei Frau von Wartenberg ein paar Spiegelbilder draten lassen. Er brachte ein paar falschen Sekt mit. Nachmittags — Kaffeepause — und so... Tamara schwärmte von einem Viduid. Sollte sich im Glanz eines selbstgebackenen Apfelstrudels zeigen — mit Blätterteig.

Klemm's Kaffee Tee Kakao Schokoladen Webbergasse 30 Telefon 2228

E. PASCHKY Fisch advertisement with image of a fish.

Fish market advertisement listing various fish products and prices: Kabeljau, Schellfisch, Echte Kieler Bollbücklinge, etc.

Geigers Wäschewannen advertisement with image of a tub.

Schmelzer Ziegelstraße 19 advertisement with image of a bicycle.

2 oder 3 groß Brillanten advertisement.

Dresdner Fischhallen advertisement listing various fish products.

An alle advertisement for Bauholz and Fenster u. Türen.

Korb Möbel and Koffer advertisement with images of furniture and trunks.

Gebrauche Ata advertisement with large stylized text and a small image of a product.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Dr. H. Zwintzer, Dresden, Die heutige Abend-Ausgabe umfasst 8 Seiten.